

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 300 M. d. M.
Einzelhefte: 10 M. d. M.
Wegen Postung müssen
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Hochheimer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 5 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Dieblich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Dieblich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Dieblich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

M 153

Samstag, den 30. Dezember 1922.

Postabnahme
Preis (Wald) 19114

16. Jahrgang

Die nächste Nummer des Hochheimer Stadt-
anzeigers erscheint Dienstag abend.

Ämtlicher Teil.

Nr. 567.
Ich mache auf die im Ämtlichen Schulblatt Nr. 56 vom 1. 12. 1922, Seite 138, abgedruckte Verfügung der Regierung vom 23. 11. d. J. — II. b. B. G. S. R. 2675 11. Aug. — betr. Dienstbesätze der nicht vollqualifizierten technischen Lehrkräfte (Handarbeitslehrerinnen) zur besonderen Beachtung hiermit aufmerksam.

Wiesbaden, den 22. Dezember 1922.
J. R. 1. 674. Der Landrat.

Nr. 568.
Die Herren Bürgermeister werden ersucht, die Bekanntmachung im Regierungsantheil Nr. 51, Seite 339, betr. Grundbesitz der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau über die Abgeltung der Versicherungsleistung für die Hausgewerbetreibenden in ortsgewählter Weise wiederholt zu veröffentlichen.

Wiesbaden, den 20. Dezember 1922.
Verwaltungsamt für den Landkreis Wiesbaden.
Der Vorsitzende.
J. R. 2. 2009. J. B. G. S. H.

Nr. 569.
Ich weise auf den im Min.-Blatt für die Preuss. innere Verwaltung vom 6. Dezember 1922 Nr. 3, Seite 1160, bekanntgegebenen Erlass betr. Trimenarabzeichen für Verdienste um das Feuerlöschwesen besonders hin und ersuche, den Interessenten davon Kenntnis zu geben.

Wiesbaden, den 22. Dezember 1922.
J. R. 2. 5068. Der Landrat.

Nr. 570.
Die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden des Kreises werden hiermit auf die sofortige Erteilung meiner Verfügung vom 8. 11. 1920 (Kreisblatt Nr. 134, Fol. 815) betr. Zu- und Abgänge von Gefangenen außerhalb von Anstalten, erinnert.

Wiesbaden, den 27. Dezember 1922.
J. R. 2. 5189. Der Landrat.

Servikalester.

Die Herren Bürgermeister werden auf die umgehende Erteilung der Verfügung vom 3. Juni 1922 — I. 3. 379 — betr. Einweisung einer Nachweisung über diejenigen Arbeitsgeber, welche landwirtschaftliche Arbeiter (polnische Arbeiter russischer Abstammung) im 2. Halbjahr 1922 beschäftigt haben, erinnert.

Termin war bereits am 15. 11. 1922.
Wiesbaden, den 28. Dezember 1922.
Der Vorsitzende des Verwaltungsamtes:
J. R. 2. 2263. J. B. G. S. H.

Nichtämlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Berlin, 28. Dezember. Anlässlich der Besprechung der Reichsregierung mit den Gewerkschaftsführern, die am Freitag stattfanden, soll, haben laut „Vorwärts“ die Gewerkschaften fünf Fragen gestellt, die u. a. Auskunft darüber verlangen, inwieweit bei der kommenden Preissteigerung ein Lohnausgleich auch in der Volkswirtschaft gesichert werden soll, ferner, inwieweit die Regierung dafür gesorgt habe, dass die innerwirtschaftlichen Maßnahmen in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand finden und inwieweit die Regierung bereit sei, Sonderabstände aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören. Weiter wird Auskunft verlangt, ob die Regierung bereit sei, die Angelegenheiten des Reichsfinanzministeriums, insbesondere für Lohnsteuerrückstellungen bei dem Erzeugnissteuersatz zum Reichsfinanzministerium auszuwerten. Schließlich wird der Erfolg von Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und des Hungers gefordert.

Die Beschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Arbeiterbundes haben nach einer Korrespondenzmeldung dem Reichskanzler eine Delegation zur Einsetzung einer Kommission unterbreitet, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Erhöhung der Vermögens- und der sonstigen Steuerabgaben für Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Die Gewerkschaften begründen die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform im Einkommensteuergesetz mit dem Umstand, dass auch bei den vorläufigen Beschlüssen der Reichsregierung der tatsächliche Geldwert mäßigend sein müsse für die Höhe des zu entrichtenden Geldbetrags.

Die „Verfehlung“ bei der Holzlieferung.

Gegen die Stimme Englands festgestellt.
Paris, 27. Dezember. Der Wiederherstellungsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig festgestellt, dass Deutschland die für das Jahr 1922 vorgegebenen Holzlieferungen nicht vollständig ausgeführt hat. Der Ausschuss hat mit Stimmenmehrheit gegen die Stimme des englischen Bevollmächtigten Bradbury abgestimmt, dass diese Nichtausführung eine Ver-

fehlung im Sinne des Paragraphen 17, Anlage II, Teil VIII des Friedensvertrags von Versailles darstelle. Der Ausschuss hat mit Stimmenmehrheit bei Stimmhaltung des englischen Vertreters ferner beschlossen, die verbleibenden Lieferungen an die Bestimmungen der Wiederherstellungsnote vom 21. März zu erinnern, nach denen Deutschland, wenn es innerhalb der geforderten Grenzen die Holzlieferungen nicht zur Ausführung bringt, am Schluss des Jahres 1922 gehalten sein soll, entsprechende Aufbesserungen in War zu leisten.

Was fehlen soll.

Paris, 27. Dezember. Der Wiederherstellungsausschuss hat heute mit drei gegen eine Stimme eine abschließende Verfehlung Deutschlands dahin festgestellt, dass der am 31. März dieses Jahres ihm auferlegten Verpflichtung, 200.000 Kubikmeter Telegraphenstangen und 55.000 Kubikmeter Schuttholz zu liefern, nicht im vollen Umfang stattgefunden habe. Infolgedessen, als bis zum 4. Dezember nur 53.735 Kubikmeter Telegraphenstangen und 29.820 Kubikmeter Holz geliefert wurden.

Englands Unwillen über den Verfehlungs-

beschluss der Reparationskommission.

London, 28. Dezember. Der Beschluss der Reparationskommission über die angebliche Verfehlung Deutschlands wird hier als ein Mandat der französischen Regierung aufgefasst und als eine schwere Verletzung der Loge gebietet. Die englische Auffassung geht dahin, dass sich die Bestimmungen des Versailler Vertrags über ein abschließendes Verfehlungs nur auf die Verfehlungen, nicht aber auf die Sachlieferungen beziehen können, was schon daraus hervorgeht, dass für die Erfüllung der Sachlieferungen an den verschiedenen Abmachungen besondere Sanktionen aufgestellt sind. Das französische Mandat wird hier um so unangenehmer, als es offensichtlich darauf gerichtet ist, auf die bevorstehenden Pariser Besprechungen einen Druck auszuüben und sie in gewissem Sinne sogar vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Ausführung in London?

Amsterdam, 28. Dezember. Die britische Regierung beschaffte sich bis spät abends damit, eine Einigung mit Frankreich für die Regelung der Reparationsfrage zu erzielen. Die britische Regierung sei noch immer unüberwindlich gegen die Belegung des Ruhrgebietes, da sie einen solchen Schritt für die größte Torheit ansehe. Die letzten Forderungen aus Berlin enthalten jedoch nach englischer Meinung so viele Ausflüchte seitens Deutschlands, dass die britische Regierung plötzlich eine härtere Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat. Es besteht die Hoffnung, dass man auf der nächsten Konferenz am 2. Januar soweit eine Einigung erreichen werde, dass man Deutschland erklären könne: Du nimmst unsere Bedingungen an oder du läst es bleiben. Sollte Deutschland sich den neuen Vorbedingungen nicht unterwerfen, so wird Großbritannien Frankreich erklären, dass es freie Hand hat zu tun, was es wünsche und dass sich Deutschland mit den Folgen abfinden müsse. Die etwas sensationell aufgemachten Informationen der Amerikaner tragen den Stempel einseitiger Berichterstattung.

Zu dem Beschluss der Reparations-

kommission.

Am Paris, 28. Dezember. Der Abg. Leon Blum beurteilt das Vorgehen Poincarés im „Populaire“ außerordentlich scharf und schreibt: Das ganze politische Leben Europas wird aufs Spiel gesetzt und in Gefahr gebracht, weil Deutschland nicht zur rechten Zeit die von Frankreich reklamierten Kubikmeter Holz geliefert hat. Die Feder und das Radiermesser des Staatsanwalts scheinen den Säbel des Soldaten verrauchtem zu folgen. Auf alle Fälle ist der Konflikt mit England jetzt sicher. Der Widerstand Bonars Laus wird nicht geringer sein als der Widerstand Lloyd Georges.

Die „Fre Nouvelle“ schreibt, wenn der englische Ministerpräsident sich mit seinem Vertreter in der Reparationskommission solidarisiert, dann befindet man sich nicht einem Konflikt der Mandatäre gegenüber, sondern einem Konflikt der Regierungen. Im gegenseitigen Falle müsse man wissen, ob eine Desavouierung sich vielleicht einzig und allein auf die Person Bradburys beziehen, oder sich auf die These ausdehne, um die es sich handle. Auf alle Fälle dürfte die Feststellung der Reparationskommission das an und für sich schon sehr verwickelte diplomatische Spiel noch mehr verwirren. Die Feststellung der Verfehlung auf Wunsch der französischen Delegation erscheine schon wie der Ausdruck eines formellen Wunsches nach einer kollektiven Aktion. Bei der Besprechung des Beschlusses der Repa-

rationskommission schreibt das „Echo National“, man verleihere in den Kreisen, die sich für wohl unterrichtet erklären, Poincaré sei, nachdem er anlässlich geschwankt habe, jetzt vollkommen entschlossen, das Ruhrgebiet zu besetzen.

Die Note spricht nicht von Vorjahr.

Berlin, 28. Dezember. In der Frage der Holzlieferungen ist die Aufsehung des Wiederherstellungsausschusses jetzt in Berlin eingetroffen. In dieser Entscheidung wird der deutschen Regierung nicht mitgeteilt, dass es sich um eine vorläufige Verfehlung (manquement volontaire) handle, sondern lediglich um eine Verfehlung im Sinne des Artikels 17 der Wiederherstellungsausschusses gegenüber dem Versailler Vertrag. Vorläufig also stehen die zuständigen Stellen auf dem Standpunkt, dass gegen Deutschland Sanktionen, wie sie wegen vorläufiger Nichterfüllung verhängt werden können, nicht vorgenommen werden dürfen. Die im einzelnen dem Wiederherstellungsausschuss gegenüber von der deutschen Regierung begründete Verzögerung der Holzlieferungen kann nach dieser Auffassung also durch Verzögerung der noch ausstehenden Lieferungen wieder gutgemacht werden. Politische Folgerungen, die zu Zwangsmaßnahmen führen sollten, müssten als Absichten ausgelegt werden, die ganz andere Zwecke verfolgen als einen Druck auf Deutschland, um dieses zur Innhaltung wirtschaftlicher Verpflichtungen anzuhallen.

Engländer Zähler in Amerika.

London. Wie erst jetzt bekannt wird, haben bereits in den letzten Wochen zwei Vertreter der Bank von England sehr eingehend mit der amerikanischen Regierung über die europäische Finanzlage verhandelt und dem Präsidenten Harding eine Katastrophe vorausgesagt, wenn die Vereinigten Staaten nicht größere finanzielle Hilfe bringen wollten. Die beiden Unterhändler sollen angeblich eine Antwort des Weißen Hauses erhalten haben, deren Inhalt jedoch nicht mitgeteilt wird.

Die Notwendigkeit kurzer Zahlungsfristen.

Die in letzter Zeit sprunghaft fortgeschrittene Markterweiterung hat in den letzten Monaten dem gesamten Wirtschaftsleben große Schwierigkeiten gebracht. Der Geldbedarf unserer Wirtschaft hat heute so bedeutende Summen erreicht, dass sie nicht mit der Schnelligkeit beschafft werden können, wie es zur Deckung aller Ansprüche erforderlich wäre. Die Banken haben den Kredit an ihre Kunden schon seit langem einschränken müssen. Infolgedessen beantragen zahlreiche Erzeuger bei der Abgabe ihrer Waren heute schon von ihren Abnehmern erhebliche Vorauszahlungen. Auch die Zeitungen sind gezwungen, die gemachten Summen für Druckpapier und alle anderen Materialien sieben Tage nach dem Datum der Rechnungen zu begleichen. Dauernd durchführbar sind aber solche Maßnahmen nur, wenn ähnliche Zahlungsgrundlagen sich schrittweise im ganzen Wirtschaftskreis durchsetzen. Doppelt unrichtig ist es aber, wenn Zahlungsfristen von mehreren Wochen oder gar Monaten beansprucht werden, denn sie sind geeignet, den Zusammenbruch manches Geschäfts herbeizuführen. Namentlich die Behörden sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Sorge dafür tragen, dass die Bezahlung von Rechnungen ohne Verzögerung erfolgt.

Sparame Wirtschaft.

Die Umstellung unserer Reichs-, staatlichen und Gemeindefinanzverwaltung und unserer Reichs- und Staatsbetriebe auf das äußerste Maß der Sparsamkeit ist eine der notwendigsten, aber augenscheinlich auch eine der schwierigsten Aufgaben, die wir zur Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse zu leisten haben. Es ist den Männern, die an der Spitze stehen, nicht leicht gemacht, mit Entschiedenheit durchzugreifen. Und doch in der erforderlichen Energie aufgebracht werden, wenn nicht alle Hilfe von auswärts schließlich erfolglos bleiben soll. Die Finanzverwaltung hat bisher auf dem Gebiete der Sparsamkeitswirtschaft das beste Beispiel gegeben und bereits in recht ansehnlichem Umfange, wenn auch natürlich mit der gebotenen Schonung überflüssige und unproduktive Kräfte abgebaut. Sie wird damit fortfahren und hoffentlich den übrigen Zweigen der Verwaltung den Antriebs geben, in demselben Maße äußerste Sparsamkeit anzustreben. Der Magistrat von Berlin hat bewiesen, dass auch die Gemeindeverwaltungen bei gutem Willen eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungssystems durchführen können. Da wir außerdem in der Person des früheren Finanzministers Saemisch einen Sparsamkeitskommissar erhalten haben, so wird das neue Jahr hoffentlich auf der ganzen Linie Tatsachen, nachdem der überflüssigen Worte genug gewechselt sind.

Italien.

Rom. Das Unterrichtsministerium gibt bekannt, dass der Religionsunterricht, welcher bisher nur fakultativ war, zur Grundlage des gesamten Schulwesens wird. Mit dieser Aufhebung der Latenz wird ein alter katholischer Wunsch erfüllt, den schon die Ein-

näherung an den Vatikan erforderte. Die aktive militärische Dienstzeit wird von durchschnittlich 10 auf 18 Monate verlängert. Gleichzeitig werden im Heere die Luftfahrt und die chemischen Abteilungen erweitert.

Kleine Mitteilungen.

Die badische Kohlenanleihe wird vom 8. Januar 1923 zur Zeichnung aufgelegt werden. Das Interesse für die Anleihe ist nicht nur in Baden, sondern auch außerhalb Badens sehr groß.

Ausfuhr von Gold nach Europa. In Washington will man, wie offiziell im Weißen Hause bekannt wurde, mit der baldigen Ausfuhr von Gold nach Europa beginnen. Präsident Harding sei der Ansicht, dass die Welt nach Beendigung des Krieges sich jetzt zu erholen beginne.

Das Goldzollaufgebot. Für die Zeit vom 1. bis einschl. 9. Januar 1923 beträgt das Goldzollaufgebot 178 400 Mark.

Ein zweites Rheinland-Kabel. Im neuen Jahr soll ein zweites Fernsprechkabel von Berlin nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gelegt werden.

München. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind von der Internationalen Rheinlandkommission auf drei Monate im besetzten Gebiet verboten worden.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Die ungeheuerlichen, alle Befürchtungen weit übertreffenden Preissteigerungen hatten an. Das Zeitungspapier kommt für Januar auf den 350fachen Vorkriegspreis, die Materialkosten steigen von Tag zu Tag, die Betriebskosten für Elektrizität, Gas und Kohlen usw. schnellen auf eine nie gekannte Höhe, die Löhne und Gehälter müssen den Preissteigerungen folgen und für die Zeitungen ergibt sich daraus im Kampf um die Existenz die unabweisbare Notwendigkeit, ihre Bezugspreise von neuem zu erhöhen.

In Rheinland und Westfalen, in Baden und in der Pfalz, wo überhaupt im ganzen Deutschen Reich 100- bis 120prozentige Erhöhungen der Bezugspreise für den Monat Januar festgesetzt worden, auch der Zeitungsverleger-Kreisverein für Hessen und Hessen-Nassau hat dieselbe Erhöhung beschlossen. Es ergreift an alle Verleger die dringende Bitte, der Tagespresse in ihrer schwersten Zeit Treue zu bewahren; die Tageszeitungen sind bei der Preisberechnung auch diesmal wieder nur an die äußerste Grenze des unbedingt Notwendigen gegangen.

Der Bezugspreis beträgt für Januar 1923

400 Mark einschließlich Zustellungsgebühr.

Hochheimer Stadtanzeiger.

Neujahr 1923!

Wieder geht ein Jahr zur Rüste. Gleichsam als Abschluss und Ausklang der Weihnachtswoche feiern wir morgen den Abschied vom alten Jahr und den Eintritt des neuen Jahres, das aus der Zeiten dunklen Schöpfung heraufsteigt.

In heiterem Spiel und fröhlicher Unterhaltung suchen wir die Stunden bis zur Jahreswende zu stützen. Alte Volksbräute leben in der Silvester nacht auf, deren Sinn und Zweck jenseit ist, die Zukunft zu erforschen. Den herkömmlichen Neujahrspunsch werden sich freilich viele verweigern müssen. Die Zeit, in der wir mit Hoffmann u. Hallerleben rufen konnten: „So singen wir, so trinken wir uns froh hinein ins neue Jahr“, ist zu einer schönen Erinnerung geworden.

Wenn der Zeiger der Uhr immer mehr der letzten Stunde des einschwindenden Jahres sich nähert, werden wir zur Nachdenklichkeit gestimmt. In unseren Innern halten wir Rückschau und lassen im Gedächtnis lebendig werden, was uns das Jahr Gutes und Böses gebracht hat. Wir fassen neue Vorsätze und sehen die Hoffnung auf Erfüllung unserer Wünsche aufs neue Jahr.

Wir halten aber auch Ausschau, und die will uns nicht froh stimmen. Gehen wir doch sowohl politisch wie wirtschaftlich schwerwiegenden Zeiten entgegen. Auf politischem Gebiet stehen im neuen Jahre Entscheidungen bevor, die für die Zukunft des deutschen Volkes von weittragender Einfluss sein werden. In wirtschaftlicher Beziehung ist der Ausblick recht trübe. Welten Schichten des Volkes droht Arbeitslosigkeit und damit Vergrößerung der Notlage. Das trifft nicht nur den einzelnen Volksgenossen, sondern verflucht auch die Krise in den Verwaltungen von Reich, Staat und Gemeinde. Aber was auch kommen mag, wir wollen bei

Berlin. Nach einer Meldung aus Kiel ist der zum Kommando der Torpedoschule in Wilhelmshaven ernannte Bergungsdampfer „Antares“ mit dem 20. Dezember verchieden. Er ist vermisst untergegangen. Im Bord befanden sich

Größtes Unternehmen Mittel-Deutschlands
für Wäsche-Ausstattungen
Beckhardt, Kaufmann & Co.
Wiesbaden
Ecke Kirchgasse u. Friedrichstraße
Herren-Wäsche — Damen-Wäsche
Damen-Konfektion.

